

A18 Islamismus konsequent entgegentreten

Antragsteller*in: Marlene Schönberger (KV Landshut-Land)

Tagesordnungspunkt: Fortsetzung TOP 7 Anträge

1 Islamismus bedroht unsere Gesellschaft. Er ist eine existenzielle Gefahr für
2 viele Menschen, die in dieser Ideologie als Feindbild gelten. Er zerstört den
3 gesellschaftlichen Zusammenhalt. In der Gegenwart erleben wir, wie komplex
4 Diskurse um Islamismus und extreme Rechte miteinander verstrickt sind. Als GRÜNE
5 müssen wir darauf wirksame Antworten finden. Wir müssen uns an die Seite der
6 Betroffenen stellen, islamistische Strukturen – ob djihadistisch-militant oder
7 legalistisch mit bürgerlichem Anstrich – zerschlagen und rassistischen Diskursen
8 entschieden entgegentreten.

Islamismus bekämpfen – Demokratie stärken

9
10 Der Anschlagversuch in München auf das israelische Generalkonsulat vom 5.
11 September, stellt erneut die Bedrohungslage durch Islamist*innen unter Beweis
12 und deutet auf einen ideologischen Baustein hin, durch den die extreme Rechte
13 und Islamist*innen miteinander verbunden sind: ihr Antisemitismus, glühender
14 Hass auf Israel und auf Jüdinnen*Juden. Generell verachten Islamist*innen alles,
15 was unsere Demokratie und unsere liberale Gesellschaft ausmacht: universelle
16 Menschenrechte, Würde, Freiheit, Gleichheit.

17 Sich jedem Islamismus konsequent entgegenzustellen, ist eine Frage des
18 demokratischen Bewusstseins – unabhängig davon, ob dieser nun in Form
19 gewaltbereiter Djihadist*innen oder vermeintlich gemäßigt daher kommt. Denn
20 hinter beidem verbirgt sich dieselbe Ideologie, die lediglich unterschiedliche
21 Wege zum Erreichen der eigenen Ziele, einer radikal islamischen
22 Gesellschaftsordnung, vorsieht. Für uns GRÜNE Bayern ist klar: Ein wirksamer und
23 nachhaltiger Kampf gegen Islamismus muss das ganze Spektrum ins Visier nehmen.

24 Die Debatten um Islamismus lassen sich nicht davon trennen, dass sie auf der
25 einen Seite von der politischen Rechten für rassistische Politiken
26 instrumentalisiert werden und auf der anderen Seite Teile der politischen Linken
27 unfähig zu sein scheinen, eine angemessene und konsequente Position zu finden.
28 Zu oft kommt es zu Relativierung und Ignoranz – wie nicht zuletzt die Reaktionen
29 auf den Anschlag in Solingen verdeutlicht haben. Darunter leiden besonders die
30 Betroffenen islamistischen Terrors.

31 Wir GRÜNE Bayern sind überzeugt: Unsere Demokratie ist wehrhaft. Gegen die, die
32 mit demokratischen Instrumenten gegen unseren Rechtsstaat kämpfen – und gegen
33 die, die das mit Gewalt tun. Weder Deutschland noch Bayern dürfen Rückzugsorte
34 für islamistische Organisation sein, Appeasement-Politik und Deals mit
35 islamistischen Regimen oder Islamismus finanzierenden Regierungen müssen enden.
36 Wer aber in rassistische und migrationsfeindliche Narrative verfällt, der
37 untergräbt den Kampf gegen den Islamismus.

38 **Islamismus als globales Problem**

39 Spätestens mit dem Messeranschlag von Solingen ist die Debatte um Islamismus
40 wieder in aller Munde. Dabei zeigte sich schnell: Die Empörung über Islamismus
41 scheint dann besonders groß zu sein, wenn er in Deutschland stattfindet. Dem
42 Morden, Vergewaltigen und Versklaven durch den Islamischen Staat (im Irak und
43 Syrien) wurde viel zu lange zugesehen. Noch immer kämpfen Kurd*innen weitgehend
44 alleine gegen den IS, der weiterhin in der Region aktiv ist. Dabei werden sie
45 immer wieder durch die Türkei bombardiert. Die Ausweitung der Machtbasis
46 islamistischer Bewegungen in der Sahelzone erfährt ebenfalls kein größeres
47 Interesse, weil nicht davon ausgegangen wird, dass diese Bewegungen eine direkte
48 Bedrohung für Deutschland darstellen.

49 Dabei gehört die islamistische Bedrohung mitunter zu den häufigsten
50 Fluchtursachen. Die ersten Betroffenen von Islamismus sind Menschen mit
51 Fluchterfahrungen, andere Muslim*innen, aber auch Kurd*innen, Yezid*innen,
52 Alevit*innen und Assyrer*innen. Rassismus als Reaktion auf islamistischen
53 Terrorismus ist ein Messer im Rücken der Betroffenen. Wir GRÜNE wollen
54 Islamismus global bekämpfen und stehen durch Islamist*innen Verfolgten zur
55 Seite.

56 **Die Bayerische Staatsregierung und der Terror des Mullah Regimes**

57 Seit Jahren erklärt das iranische Regime die Vernichtung Israels zum obersten
58 Ziel. Es finanziert die sogenannte "Achse des Widerstands", bestehend aus den
59 Terrorgruppen der Houthis im Jemen, der Hamas in Gaza, der Hisbollah im Libanon
60 und weiterer Gruppen im Irak, die nicht nur Israel, sondern auch Jüdinnen*Juden
61 weltweit bedrohen. Es ist davon auszugehen, dass ohne die Unterstützung des
62 iranischen Regimes die Planung und Durchführung der Massaker vom 7. Oktober 2023
63 nicht möglich gewesen wären.

64 In den Jahren 2015 bis 2018 arbeitete die Bayerische Landesregierung daran, ihre
65 ökonomischen Beziehungen zum Mullah-Regime auszuweiten und zu vertiefen. Im
66 November 2015 reiste die damalige Landeswirtschaftsministerin Ilse Aigner
67 zusammen mit knapp 100 bayerischen Unternehmer*innen und Banker*innen nach
68 Teheran. Die Staatsregierung versuchte durch die Ansiedlung iranischer
69 Bankfilialen in München US-Sanktionen gegen das iranische Regime zu unterlaufen.

70 Im Jahr 2017 wurden von Bayern aus Waren in Höhe von 353 Millionen Euro in den
71 Iran exportiert, zu einem Drittel Maschinen. Waren in Höhe von 119 Millionen
72 Euro wurden aus dem Iran nach Bayern importiert – zu 90% Erdöl und Gas. Das
73 bedeutete mehr Geld für das iranische Regime und damit mehr Geld für den
74 islamistischen Terror weltweit.

75 Der Ausstieg der USA aus dem Atomdeal 2018 war eine Zäsur für die bayerisch-
76 iranischen Wirtschaftsbeziehungen. Solange diese Beziehungen aber bestehen und
77 solange die bayerische Staatsregierung mutmaßlich nur darauf wartet, dass die
78 Sanktionen gegen den Iran gelockert oder gekippt werden, sind Bekundungen des
79 Ministerpräsidenten Markus Söder, fest an der Seite der Jüdinnen*Juden und
80 Israels zu stehen, nichts wert. Wir GRÜNE Bayern fordern eine klare Haltung der
81 Staatsregierung zum iranischen Mullah-Regime sowie ein dauerhaftes Ende aller
82 Wirtschaftsbeziehungen!

83 **Die jahrelange Toleranz gegenüber Islamismus muss enden**

84 Auch auf Bundesebene hat man sich gegenüber dem Regime in Teheran zu lange
85 nachsichtig gezeigt. Bereits seit Jahrzehnten ist bekannt, dass das Islamische
86 Zentrum Hamburg und die Imam-Ali-Moschee mit dem iranischen Regime verbunden
87 sind, dennoch wurden sie geduldet. Der Leiter des IZH von 1965 bis 1970,
88 Mohammad Beheshti, wurde nach der Revolution als Richter im Iran eingesetzt. Er
89 soll Regimegegner erpresst und hingerichtet haben. Spätestens 1993 setzte eine
90 Beobachtung durch den Hamburger Verfassungsschutz ein. Seit 2017 wurde das IZH
91 als "Instrument der iranischen Staatsführung" geführt. Im Juli 2024 hat das
92 Bundesinnenministerium das IZH endlich geschlossen und verboten, was als
93 wichtiger Erfolg der Ampelregierung im Kampf gegen Islamismus gewertet werden
94 kann.

95 Besonders augenscheinlich wird die Nachsicht gegenüber Islamismus, wenn man die
96 Haltung etlicher Bundesregierungen gegenüber Hamas, Hisbollah und iranischen
97 Revolutionsgarden näher betrachtet. So wurde die Hisbollah erst 2020 mit einem
98 Betätigungsverbot belegt. Ähnliche Maßnahmen gegen die Hamas folgten erst durch
99 die Ampelregierung nach den Massakern vom 7. Oktober 2023, bei dem 1.200
100 Menschen ermordet, mehrere tausend verletzt und über 240 als Geiseln in den
101 Gaza-Streifen verschleppt wurden.

102 Die lange Geschichte des Islamismus in der Bundesrepublik zeigt sich auch darin,
103 dass eine Spur hinter den Terroranschläge vom 11. September 2001 nach
104 Deutschland führt. Führende Köpfe wie Mohammed Atta, die als Terroristen an den
105 Anschlägen beteiligt waren, haben in Hamburg gelebt und studiert. 2007 konnte
106 die sog. Sauerland-Gruppe dingfest gemacht werden, bevor sie Autobombenanschläge
107 durchführen konnte. 2011 ermordete erstmals ein im Kosovo geborener Islamist
108 zwei US-Soldaten am Frankfurter Flughafen. Ebenfalls haben seitdem 1.150
109 Menschen eine Ausreise aus Deutschland in den Irak oder nach Syrien angetreten

110 und wurden dabei von islamistischer Ideologie geleitet.

111 Um Islamismus wirksam, nachhaltig und umfassend zu bekämpfen, müssen wir auch
112 auf den legalistischen Islamismus blicken. Akteure des legalistischen Islamismus
113 wurden in den vergangenen Jahrzehnten in dieser Gesellschaft aufgewertet. Nach
114 wie vor sind Vertreter*innen von Dachverbänden, denen auch vom Verfassungsschutz
115 beobachtete Vereine angehören, gern gesehene Gäste bei Veranstaltungen,
116 Politiker*innen lassen sich mit ihnen ablichten. Wir müssen festhalten, dass ein
117 auffälliger Zusammenhang zwischen Moscheebesuchen und der Zustimmung zu
118 antisemitischen Vorurteilen besteht, wie es die Repräsentativbefragung des
119 American Jewish Committee (AJC) Berlin Ramer Institute for German-Jewish
120 Relations aufgezeigt hat: Der Teil der muslimischen Bevölkerung, der regelmäßig
121 eine Moschee besucht, stimmt mit höherer Wahrscheinlichkeit antisemitischen
122 Aussagen zu. Mit Blick auf den legalistischen Islamismus und quasistaatliche
123 Akteur*innen, die eng mit islamistischen Regimen verbunden sind, gilt es vor
124 allem über die Träger von Moscheen zu sprechen, insbesondere DİTİB, die der
125 türkischen Religionsbehörde Diyanet unterstellt ist oder die vom IZH gegründete
126 Islamische Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden Deutschlands (IGS).

127 Das Problem des Islamismus in Deutschland reicht damit weiter zurück als bis ins
128 Jahr 2015. Der Zusammenhang, der in extrem rechten Narrativen zwischen Migration
129 und der islamistischen Bedrohung hergestellt wird, muss als das bezeichnet
130 werden, was es ist: rassistische Stimmungsmache auf dem Rücken der
131 gesellschaftlich Schwachen. Mit Asylrechtsverschärfungen und Leistungskürzungen
132 kann man den islamistischen Terror nicht nachhaltig bekämpfen. Dem treten wir
133 GRÜNE genauso entgegen wie der jahrelangen Toleranz des Islamismus.

134 **Radikalisierung verhindern**

135 Tagtäglich radikalisiert islamistische Ideologie Menschen in der Bundesrepublik.
136 Wir müssen daher endlich über die Ursachen und Orte islamistischer
137 Radikalisierung sprechen und Taten folgen lassen. In den sozialen Medien werben
138 große Accounts wie "Generation Islam", "Realität Islam" oder "Muslim Interaktiv"
139 für islamistische Inhalte. Nach wie vor wirken in der BRD islamistische
140 Gruppierungen, die die Errichtung eines globalen Kalifats anstreben, weitgehend
141 unbehelligt, etwa als mutmaßliche Nachfolgeorganisationen der 2003 durch das
142 Bundesinnenministerium verbotenen Hizb ut-Tahrir.

143 Teil des Problems ist auch, dass jahrzehntelang Muslim*innen ausgegrenzt und
144 ihnen ihre Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft abgesprochen wurde, während
145 gleichzeitig radikalen Akteuren wie der Muslimbruderschaft, Millî Görüş und
146 DİTİB das Feld überlassen wurde. In den meisten Regionen stellen Millî Görüş,
147 DİTİB und IGS die einzigen Strukturen für gläubige Muslim*innen. Es ist
148 beschämend, wenn Menschen, die auf der Flucht vor die islamistischem Terror
149 hierher kommen, feststellen müssen, dass sich in der Bundesrepublik Strukturen

150 des legalistischen Islamismus fest verankert sind.

151 Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteur*innen leisten in Bayern seit Jahren
152 Großartiges im Kampf gegen die islamistische Ideologie und Radikalisierung. Wir
153 GRÜNE Bayern stehen an ihrer Seite und treten für ihre Stärkung ein.

154 **Wir fordern deshalb:**

155 1. Sicherheitsbehörden besser ausstatten

156 Die bayerischen Sicherheitsbehörden brauchen mehr Personal, um islamistische
157 Bestrebungen zu verfolgen und Gefährder*innen aus der islamistischen Szene
158 konsequent zu überwachen. Der Austausch von Informationen innerhalb Deutschlands
159 und mit unseren EU-Partnern muss dringend verbessert werden. Im Fokus steht
160 diejenigen besonders zu schützen, die von Islamist*innen am stärksten bedroht
161 werden. Dazu zählen Jüdinnen*Juden, liberale Muslime und vor Islamismus
162 geflüchtete Menschen.

163 2. Radikalisierung verhindern

164 Online Radikalisierung darf nicht länger unbehelligt geschehen. Plattformen und
165 soziale Medien, die leichtfertig Terrorpropaganda verbreiten, müssen dafür zur
166 Rechenschaft gezogen werden. Wir brauchen gut funktionierende Frühwarnsysteme
167 für Anzeichen von islamistischer Radikalisierung und passgenaue Angebote für den
168 Ausstieg. Bisher mangelt es besonders in Unterkünften für Geflüchtete an einem
169 Konzept und ausreichender psychologischer Betreuung, um
170 Radikalisierungstendenzen rechtzeitig zu erkennen.

171 3. Einflussnahme aus dem Ausland entschlossen bekämpfen

172 Die Einflussnahme islamistischer Regime muss zurückgedrängt werden. Dafür darf
173 der Freistaat Bayern diesen nicht länger die Hand reichen. Die Beziehungen zum
174 iranischen Regime sind zu beenden. Handshakes von führenden Politiker*innen mit
175 Verbänden aus dem islamistischen Spektrum müssen der Vergangenheit angehören.

176 4. Islamistische Strukturen in Bayern zerschlagen

177 Das Vorfeld für den islamistischen Terrorismus muss konsequent trocken gelegt
178 werden. Jihadistische Strukturen müssen zerschlagen und Verbände, die zur
179 Radikalisierung beitragen, stärker überwacht werden. Das Instrument des

180 Vereinsverbots muss entschlossener eingesetzt werden.

181 5. Prävention stärken

182 Gemeinsam mit liberalen muslimischen Communities wollen wir ein Netzwerk zur
183 Prävention aufbauen. Ihr Wissen ist unschätzbar wertvoll, um wirksam Extremismus
184 zu verhindern. Neben einer deutlichen Stärkung der altersgerechten politisch-
185 historischen Bildungsarbeit wollen wir in Bayerns Schulen Religionsunterricht
186 durch staatlich ausgebildete Lehrkräfte für Muslim*innen anbieten.

187 6. Konsequent die Mittel des Rechtsstaats anwenden!

188 Nach aktuellem Kenntnisstand war der Tatverdächtige von Solingen ein
189 Asylbewerber, dessen Asylantrag in Deutschland abgelehnt worden ist, und dessen
190 Rücküberstellung nach Bulgarien gescheitert ist. Der Vorgang muss lückenlos
191 aufgeklärt werden. Wir setzen uns dafür ein, mehr Vernunft in die Debatten zu
192 bringen: Menschen, die sich in Deutschland radikalisiert haben, müssen auch in
193 Deutschland Zugang zu Aussteiger*innenprogrammen haben. Wer in Deutschland eine
194 Straftat begeht, muss auch in Deutschland verurteilt werden. Wir setzen uns für
195 die bessere Vernetzung von Geheimdiensten ein, damit Einreisen von Islamisten,
196 die bereits beobachtet werden, nicht unter dem Radar geschehen. Wer einreist, um
197 Terrorismus zu begehen, hat kein Recht auf Asyl.

Unterstützer*innen

Sebastian Hansen, Florian Siekmann, Timm Schulze (KV Bamberg-Stadt), Marius Schlosser (KV Bad Tölz-Wolfratshausen), Bernhard Schüßler (KV München-Land), Maximilian Retzer (KV Landshut-Land), Franziska Schmidt (KV Landshut-Land), Gerhard Müller (KV Würzburg-Land), Jonathan Hansen (KV Würzburg-Land), Peter Brückner (KV Würzburg-Land), Sarah Eisenberger (KV Bamberg-Land), Pascal Miosga-Loy (KV Regensburg-Land), Claudia Hauner (KV Dingolfing-Landau), Tim-Luca Rosenheimer (KV Bamberg-Land), Hans-Heinrich Sautmann (KV Fürstenfeldbruck), Wiebke Richter (KV Regensburg-Stadt), Jessica Hecht (KV Würzburg-Land), Monir Shahedi (KV Regensburg-Stadt), Martin Züchner (OV Neuhausen-Nymphenburg), Maximilian Breu (KV Freising), Yannis Mühlstraße (KV München), Lukas Spanier (KV München), Helga Stieglmeier (KV Erding), Arian Kunze (KV Ebersberg), Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt), David Distel (LV Grüne Jugend Bayern), Eveline Kuhnert (KV Günzburg), Stefan Christoph (KV Regensburg-Stadt), Olivia Kreyling (KV Kelheim), Stephan Fritsch (KV Erlangen-Stadt), Paulus Maximilian Guter (KV Erlangen-Stadt), Johannes Hunger (KV Landshut-Land), Tanja Josche (KV Roth), Sven Altendorfer (KV Schweinfurt), Roland Barfus (KV München), Regina Hammerl (KV Regensburg-Land), Rudolf Schmidhuber (KV Mühldorf),

Karin Scherer (KV Erlangen-Land), Gabriele Triebel (KV Landsberg-Lech)